

BRUNNEN

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Extrablatt
Ein sozialistisches Programm gegen
Wirtschaftskrise, Krisenregime und
Umweltvergiftung

20 Pfg.

MARIA CLARA ROQUE
Sedanstraße 7
6200 Wiesbaden
Tel. 0 61 21 / 40 76 53

Kann der Kapitalismus unser Überleben sichern?

Demokratische Planung

Statt kapitalistischer Profiteure

Die BRD ist ein reiches Land. Aber unsere Zukunft ist bedroht. Tägliche Schreckensmeldungen aus aller Welt in den Massenmedien: Wirtschaftskrise, Hungersnöte, Massenentlassungen, Lehrstellenmangel, Kriegsvorbereitungen und tatsächliche Kriege, Rüstungswettrlauf, Trinkwasser-Vergiftung, Atomunfälle, Wald- und Bodensterben, Nahrungsmittelverseuchung, Luftverschmutzung. . . .
Was tun? Den Kopf in den Sand stecken? Beten? Resignieren? Oder kämpfen, um das Ruder herumzuwerfen?

CDU, CSU und FDP sagen: „Die heutige Jugend hat zu hohe Ansprüche. Sie muß maßhalten. Ihr müßt den Gürtel enger schnallen.“ Die Arbeitgeber-Verbände stimmen zu.

Wir lassen uns keine Bescheidenheit predigen von Millionären und Millionären, die selbst in Luxus schwelgen. Dazu sind wir nicht bereit. Eine gesunde Natur als Lebensgrundlage, ein anständiges Grundeinkommen für alle zur Existenzsicherung und eine sichere Zukunft ohne Angst sind keine überzogenen Erwartungen!

1,7% der Bevölkerung verfügen über 80% des gesellschaftlichen Reichtums in der BRD. Eine Minderheit ist die besitzende und herrschende Klasse. Ihr System heißt Kapitalismus, und sie wird immer reicher, solange es besteht. Freiwilleg hat sie noch nie auf Profite verzichtet. Und da sollen wir unsere Interessen zurückschrauben? Nur weil sie sagen, sie können „es sich nicht mehr leisten“? Wenn die Kapitalisten es sich nicht leisten können, unsere Lebensansprüche zu erfüllen, dann können wir uns den Kapitalismus nicht mehr leisten.

Krise beseitigen

Der außergewöhnliche Nachkriegsausschlag ist vorbei. Das kapitalistische Weltssystem hat sich wieder „normalisiert“: alle 5 bis 7 Jahre wiederkehrende Wirtschaftskrisen, die zusätzliche Arbeitslose erzeugen, dazwischen ein schwächlicher Aufschwung, der die Arbeitslosigkeit nicht abbaut.

Wirtschaftskrisen werden im Kapitalismus durch unerkünftliche Produktion erzeugt. Solange ein bitterer Konkurrenzkampf zwischen Konzernen und Nationalstaaten um die Absatzmärkte tobt, solange werden Krisen ausbrechen — Krisen wegen Überproduktion.

Krisen solcher Art lassen sich beseitigen. Aber nur, wenn die Produktion geplant wird. Produktion läßt sich nur von denen planen, die die Produktionsmittel kontrollieren. Die Produktion kontrollieren läßt sich nur, was einem gehört. Sollen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen weg, dann muß das Produktionskapital in gesellschaftliches Eigentum überführt werden, damit Produktion nach den Bedürfnissen vonstaten geht.

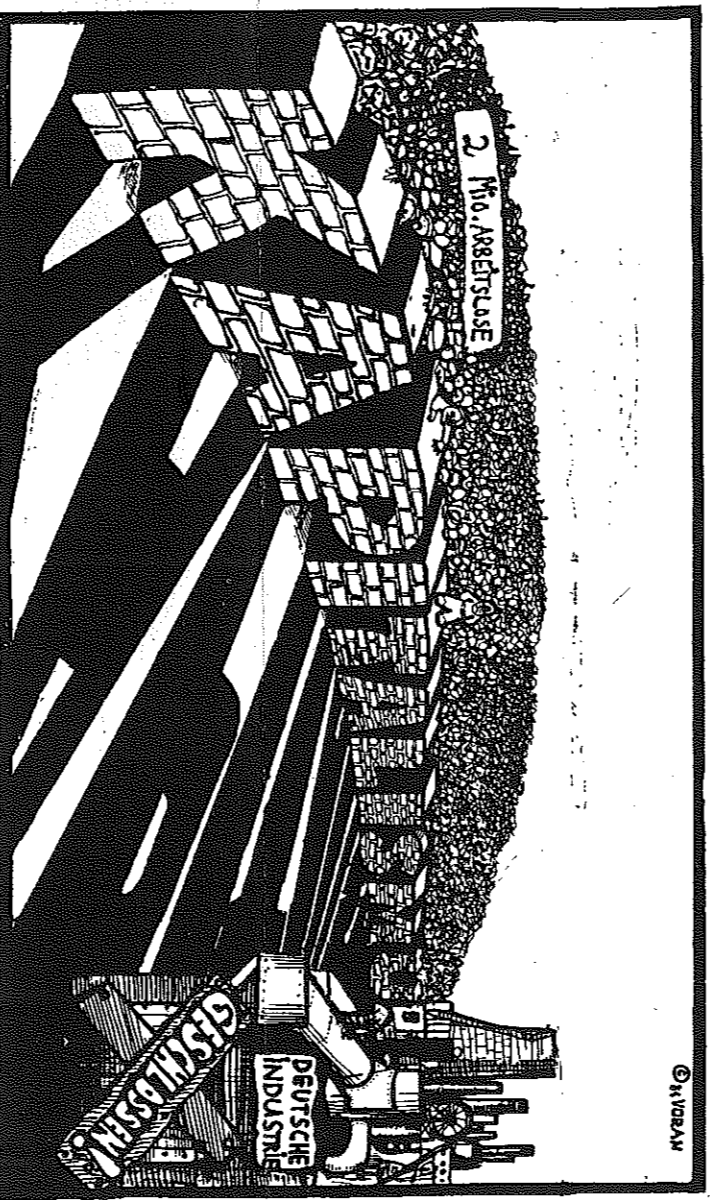
Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen reißen gewaltige Löcher in die Kassen: der Wirtschaft entgeht ein Teil der Produktion infolge von Unterauslastung der Kapazitäten und durch Betriebschließungen, dem Staat entgehen Steuereinnahmen, die Sozialversicherungen haben höhere Ausgaben, die Erwerbslosen kriegen keinen Lohn. Wenn es gelingt, alle Arbeitslosen produktiv zu beschäftigen (und eine Planwirtschaft kann dies!) dann lassen sich in der BRD praktisch auf einen Schlag wirtschaftliche Jahreswerte in Höhe von 200 Milliarden DM zusätzlich erzeugen. Eine gewaltige Summe, die beinahe beliebig verwendet werden kann: zur Senkung der Wochenarbeitszeit, zur Sanierung der Umwelt, zur Hebung des Lebensstandards.

Nur in einer demokratisch geplanten Wirtschaft kann vorher entschieden werden, was produziert werden soll. Ein „ökologischer Umbau der Industriegesellschaft“ und „qualitatives statt quantitatives Wachstum“ sind dann erst richtig möglich. Auch die moderne Technologie mit ihren Möglichkeiten der Erweitung von Informations- und Kommunikationssystemen würde unter demokratischer Arbeiterkontrolle zur schnellen und flexiblen Ermittlung von Verbrauchswünschen und -bedürfnissen sowie in der Produktion zur schonenden und sparsamen Umsetzung in eine breite Produktpalette beitragen. Der Chip wäre in einer demokratischen Planwirtschaft nicht mehr Jobkiller, sondern Arbeitszeitverkürzer.

Rüstung abschaffen

Ein Krieg ist die Fortsetzung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes mit militärischen Mitteln. Aufstellung ist die Vorbereitung auf Krieg. Armeen verteidigen und erobern Märkte, Soldaten schlagen politische Uhren nieder — in Ost und West.

Die USA unter Reagan organisieren derzeit die gigantischste Aufrüstung aller Zeiten. Hitler eingeschlossen. Die CDU/CSU/FDP-Regierung hilft gehorsam mit. Die BRD ist eine amerikanische Raketenabschrampe Richtung UdSSK. Rund 5% der gesellschaftlichen Arbeit wird hierzulande für die „Verteidigung“ aufgewendet. Jeder



Erwerbstätige arbeitet 2 Wochenstunden für den Unterhalt des Militär- und Rüstungssektors. Ohne Rüstung entfällt diese Arbeitszeit, voller Lohnausgleich und Umstellung auf gesellschaftlich nützliche Produktion wären möglich.

Freiwilleg werden die Kapitalisten niemals abrüsten. Die Rüstungskonzerne würden ein lohnendes Geschäft verlieren, die Kapitalisten insgesamt ihr Haupt-Machtinstrument. Wer abrüsten will, muß kapitalistische Interessen zurückdrängen. Wer die Ursachen von Rüstung beseitigen und die Armeen aus der Welt schaffen will, darf am Privatigentum nicht hantieren. Nur eine weltweite klassenlose Gesellschaft kann ohne Waffen auskommen. Sie ist möglich, wenn die Wirtschaft auf Planung beruht, statt auf Konkurrenz und Profit.

Gegen Umweltvergiftung

Kapitalismus beruht auf Profitstreben als Triebkraft: private Fabrikneugierter lassen Waren produzieren — und zwar um zu verkaufen und möglichst kräftig Reibach zu machen. Ob die Produkte sinnvoll sind oder nicht, ist dabei unwichtig. Wenn in erster Linie der Profit zählt, ist unwichtig, ob Produkte oder Produktionsverfahren Menschen, Umwelt oder Natur schädigen. Ökologische Schäden sind notwendige Begleiterscheinungen von fetten Bankkonten für Großkonzerne.

Schärfere Umweltschutzgesetze? Die sind sicher nötig. Aber wie wirksam sind sie, wenn staatliche Behörden sie zu locker handhaben? Wenn

SPD erneuern!

Viele Arbeiter und Jugendliche setzen ihre Hoffnungen, daß etwas Entscheidendes verändert wird, vor allem in die SPD als der größten Partei der arbeitenden Bevölkerung. Umso enttäuschter sind viele, wenn ihre Erwartungen von der SPD-Spitze wieder auf der Register- noch auf der Oppositionsbank voll aufgeflogen und umgesetzt werden. Das Anwachsen der Grünen Anfang der 80er Jahre ist vor allem Ausdruck des Protestes gegen eine rechte SPD-Politik.

Diese sogenannte „pragmatische“ Politik hat ihre Wurzeln in dem langen Nachkriegsaufschwung. Illusionen über ein immerwährendes „Wirtschaftswunder“ und die Reformierbarkeit des Kapitalismus wurden verstärkt. In der wirtschaftlichen Blütezeit haben die traditionellen Massenorganisationen der Arbeiterbewegung - SPD und DGB - das Kampfen zum Teil verlernt. Sie sind in gewisser Weise verknöchert und erstarrt. Der Einbruch der ersten Krise des Kapitalismus, die Mitte der 70er Jahre international gleichzeitig hereinbrach, veränderte die Lage: Massenarbeitslosigkeit, neue Armut, Angriffe auf den Lebensstandard und die Errungenschaften der Arbeiter ständen wieder auf der Tagesordnung. Nur die Arbeiterklasse hat die potentielle Kraft, entscheidende Fortschritte und Reformen durchzusetzen: die lohnabhängigen Beschäftigten sind die übergroße Mehrheit der Bevölkerung und stellen den gesellschaftlichen Reichtum her.

Die neue Generation, die die Erfahrung vergangener Kämpfe nicht selbst gemacht hat, wird erst eigene Kampfverfahren sammeln müssen. Dieser Prozeß hat bereits begonnen. Er wird sich noch beschleunigen, wenn nach dem jetzigen „Aufschwüngen“ die nächste tiefe internationale Krise spätestens bis

1987/88 hereinbricht. Die Herrschenden werden verschärfte Angriffe verlangen und große Teile der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend in Existenznot und Unsicherheit stürzen — die Arbeiterbewegung wird sich energisch wehren müssen. In diesen Auseinandersetzungen werden sie Stück für Stück die alte kämpferische, marxistische Tradition der deutschen Arbeiterbewegung wiederentdecken.

Diese Kampfverfahren werden sich auch in Gewerkschaften und SPD niederschlagen. In den letzten Jahren ist schon einiges in Bewegung gekommen — aber diese Veränderung muß weitergehen. Die Partei braucht frisches Blut von außen, sie braucht neue Ideen von jungen Mitgliedern, sie braucht Druck — kurz: sie muß erneuert werden. Nur dann wird sie in der Lage sein, für eine absolute Mehrheit und ein sozialistisches Programm erfolgreich zu mobilisieren.

Eine SPD-Allienregierung (übrigens auch eine „rot-grüne“ Koalition) würde unter enormen Druck des Großkapitals geraten. Das zeigen die Erfahrungen mit sozialdemokratischen Regierungen in anderen Ländern (Spanien, Griechenland, Frankreich). In Anbetracht der Krise werden die Bosse verlangen, alle Reformpläne fallenzulassen, stattdessen sozialen Katharsis voranzutreiben und ihre Profite zu schützen. Dann ist die Alternative: nachgeben oder kämpfen! Bisher hat die SPD zu oft vor den Herrschenden kapituliert. Ein erfolgreicher Kampf kann nur mit einer sozialistischen Perspektive geführt werden. Deshalb hat die SPD einen starken marxistischen Flügel nötig. Ohne eine aktive Massenbasis kann dieser Kampf nicht gewonnen werden.

Die SPD muß „instandbesetzt“ werden. Wer hilft mit?

Fortsetzung umseitig

Planwirtschaft und Demokratie — darf das überhaupt zusammen?



Durch die unabhängige Gewerkschaft „Soldarmose“ versuchen die Arbeiter, Wirtschaft und Gesellschaft unter ihre Kontrolle zu bringen.

Diese Frage wird jedem Sozialisten oft gestellt. „Wenn Ihr dasselbe wollt, was es im Osten gibt, dann könnt ihr nicht auf mich zählen.“ Diese Einstellung vieler Kollegen ist gut verständlich. Sie haben die Unterdrückung der Arbeiterklasse in den Ostblockstaaten vor Augen. Nicht wenige Oppositionelle landen dort als „psycharbeitslager“ in Irrenhäusern oder müssen Jahre in Zwangsarbeitslagern verbringen. Die Wochenarbeitszeit ist länger als im Westen und häufig sind die Arbeitsbedingungen auch nicht besser als im kapitalistischen System. Die Versorgung der Bevölkerung ist in vielen Bereichen immer noch unzulänglich.

Andererseits lebt die Elite dieser Länder — höhere Funktionäre der Partei, des Staates, der Gewerkschaften und des Militärapparates — in Sauss und Braus und verfügt über enorme Privilegien wie luxuriöse Ferien villen, Dienstwagen mit Chauffeur, spezielle Sanatorien, Hausangestellte, Privatärzte und besondere, nur ihnen offenstehende Läden. Eine sozialistische Gesellschaft ist

Forderung von Vorderseite

ihre Einhaltung zu selten kontrolliert wird? Oder wenn die Kontrolleure reingelegt, bestochen oder unter Druck gesetzt werden? Unternehmer hinterreiben mit aller Macht, daß Umweltschutzmaßnahmen auf Kosten ihrer Gewinne gehen.

Eine gesündere Umwelt — und sei die Besserung noch so kleines Flickwerk — kann nur gegen den Widerstand mächtiger Kapitalinteressen erkämpft werden. Aber Flickwerk ist zu wenig. Zudem machen Umweltschäden nicht an nationalen Grenzen halt, wie z.B. Tschernobyl und die Chemieunfälle am Rhein zeigen. Wir brauchen eine demokratische Planung auf internationaler Ebene, damit mit der Natur, mit unseren Rohstoffen, Trinkwasser und Energiereserven vernünftig umgegangen wird.

Wer all diese Übel an der Wurzel packen will, muß die Abschaffung der kapitalistischen Marktwirtschaft anstreben. Erst eine planmäßige Produktionsweise bietet eine echte Chance, die Schäden in den Griff zu kriegen.

Daher treten wir für eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft ein, angefangen bei der wirtschaftlichen Grundlage:
- Für die Überführung aller Banken und Versicherungen sowie der 200 größten Konzerne in Gemeingehaltum
- Für eine geplante Wirtschaft mit Produktion nach Bedürfnissen, nicht für den Profit
- Für die demokratische Kontrolle über Fabriken und Produktionsmittel durch die gesamte arbeitende Bevölkerung

und die Konkurrenz ein für allemal abgeschafft. Die zentrale staatliche Planwirtschaft hat gewaltige Fortschritte ermöglicht: zwischen 1917 und 1970 hat sich der Anteil der UdSSR an der Weltindustrieproduktion von 3% auf 20% gesteigert. Zwischen 1913 und 1963 stieg die Industrieproduktion auf das 52fache an (im selben Zeitraum in den USA nur auf das 6fache, in Großbritannien gar nur auf das 2fache). Rußland entwickelte sich in wenigen Jahrzehnten von einem halbwüchsigem, rückständigen Land zur zweitgrößten Industriemacht der Welt. Das hat kein anderes Land in solcher kurzer Zeitspanne geschafft. Ohne eine geplante Produktionsweise wäre dies nicht möglich gewesen.

Auch wenn man Länder wie China und Indien vergleicht, sieht man die Vorteile der Planwirtschaft. Beide Länder befreiten sich nach dem 2. Weltkrieg von ihren kolonialen Beherrschern; beide hatten dieselben Probleme: Hunger, Armut, Überbevölkerung, Analphabetentum, usw. Aber in China fand eine Revolution statt, durch die Großgrundbesitz und Kapitalismus gestürzt und eine Planwirtschaft aufgebaut wurde. In China ist heute die grundlegende Versorgung der Bevölkerung sichergestellt und ein umfassendes Bildungswesen und Gesundheitswesen aufgebaut. (Allerdings ist das politische System ebenso diktatorisch wie in der Sowjetunion.) Indien, das im Kapitalismus verhaftet blieb, krankt nach wie vor an denselben allen Problemen.

Deswegen — und weil das kapitalistische System nur eine Zukunft mit verschärften Krisen, steigender Arbeitslosigkeit und sinkendem Lebensstandard bieten kann — tritt VORAN für die Abschaffung des kapitalistischen Systems ein.

Aber wie soll man in diesem System vermeiden, daß es wieder „oben“ und „unten“ gibt, daß sich wieder eine herrschende Schicht in der Gesellschaft herausbildet? Es wird notwendig sein, auf jeder

Ebene der Betriebe, der Industrie, der Verwaltung und des Staates eine demokratische Arbeiterverwaltung und -kontrolle zu errichten, was in den Ostblockstaaten nicht der Fall ist:

- Für die Selbstbestimmung am Arbeitsplatz durch gewählte Abteilungsbetriebsräte
- Für gewählte Aufsichts- und Verwaltungsräte, welche die verschiedenen Firmen und Industriezweige verwalten und deren Produktion untereinander koordinieren.
- Wie können in diesen Aufsichtsräten die vielfältigen Interessen von Belegschaft, Bevölkerung und Verbrauchern zum Ausdruck kommen? Wie können sie zusammengesetzt sein?
- Ein Drittel Vertreter der Belegschaft, damit deren praktische Erfahrung zum Zug kommt und ihre Interessen gewahrt werden
- Ein Drittel Vertreter der Gewerkschaften, damit die Koordination der Produktion in der gesamten Branche gelingt und die allgemeinen Interessen der Arbeiterklasse Gehör finden
- Ein Drittel Vertreter der Staates und der Regierung, um die Interessen einer breiten Öffentlichkeit und der Verbraucher zu berücksichtigen, und weil der Staat in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung die ganze Rahmenplanung koordinieren muß.

Kontrolle
Aber was kann man tun, damit dies nicht zu einer verkrusteten Bürokratisierung führt? Wie kann Postleutenjägerie verhindert werden? Wie können wir vermeiden, daß nachher selbstherrliche und allmächtige Betriebsbetriebsräte an ihren Sesseln kleben? Folgende Voraussetzungen sind unabdingbar:

- Alle Funktionen und Ämter in Gewerkschaften, Betrieben und Staat müssen durch demokratische Wahlen besetzt werden
- Jeder Funktionär muß von seiner Basis jederzeit wieder abgewählt werden können

Atomkraft? Nein Danke!

Für die Betreiber ist ein AKW in der Hauptsache keine Stromerzeugung, sondern eine Profitierungsgangsanlage.

Alle Atomkraftwerke könnten sofort abgeschaltet werden, ohne daß „die Lichter ausgehen“. Die Stromkonzerne haben so viele andere Kraftwerke in Reserve, daß sogar die Jahreshöchstlast, die an wenigen Stunden im Winter auftritt, über das öffentliche Netz abgedeckt werden könnte.

Der Rekord an abzudeckender Höchstlast wurde am 8. Januar 1985, bei einer „Jahrhundertkälte“ in Deutschland, aufgestellt. Sie betrug 56.000 MegaWatt(MW). Demgegenüber addierte sich an diesem

Tag die gesamte verfügbare Leistung im öffentlichen Netz auf 80.000 MW (MegaWatt). Dabei sind nicht einsetzbare Kraftwerkskapazitäten wegen Reparaturen usw. schon abgezogen. Jetzt könnten wegfallen:

- Inländische Atomkraftwerksleistung: 16.200 MW. AKW-Bezug aus dem Ausland: 500 MW. „Schlechte“ Braunkohlekapazitäten (d.h. mit großer Luftverschmutzung): 1.400 MW. Bleiben übrig: 61.900 MW. Das ist eine Reserve von 5.900 MW.

Durch verstärkte Nutzung der nur teilweise ausgelasteten Gas-, Öl-, Kohle- und Wasserkraftwerke könnten die AKWs ersetzt werden. Würden die 10 Milliarden DM, die in die WAA Wackersdorf fließen

- Kein Funktionär darf aufgrund seines Amtes in den Genuß materieller Privilegien kommen; keiner darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen
- Niemand erwirbt einen Posten auf Lebenszeit; die Verwaltungsverantwortung sollte allmählich von allen durchgeführt werden, begleitet durch Arbeitszeitverkürzung und Weiterbildung

- Kein Einparteiensystem, sondern volle politische Freiheiten für alle Parteien und Gruppen, die nicht mit Gewalt gegen den Sozialismus vorgehen.

Diese Forderungen und Prinzipien hat sich nicht ein kluger Kopf ausgedacht. Sie sind aus der praktischen Erfahrung der Arbeiterbewegung entstanden. Planwirtschaft braucht Demokratie, wenn sie optimal funktionieren soll — genauso wie der menschliche Körper Sauerstoff braucht. Planwirtschaft und Demokratie passen zusammen, wenn die angeführten Bedingungen erfüllt sind.

Arbeiterdemokratie

VORAN ist der Meinung, daß nur durch die Enteignung und Entmachtung des Großkapitals die Grundlage für eine wirkliche Demokratie geschaffen werden kann. Nur wenn die gesamte Wirtschaft auf internationaler Ebene im Interesse der arbeitenden Bevölkerung auf der Basis einer nationalen Produktionsplanung international koordiniert wird, können für immer Hunger, Not, Elend, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Kriegsgefahr, Wirtschaftskrisen, abgebaut werden.

Natürlich kann eine Arbeiterdemokratie nicht in den nächsten Wochen durchgesetzt werden. Erstens werden die Unternehmer nicht freiwillig und nach gutem Zureden ihre Fabriken (die die Arbeiter aufgebaut haben) und ihre Macht abtreten. Im Gegenteil: sie werden sich erbittert zur Wehr setzen. Und zweitens muß erst einmal die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung für dieses Programm gewonnen werden. Deshalb sehen wir es als Aufgabe aller Sozialisten an, diese Ziele und dieses Programm offensiv zu vertreten, um es in der Arbeiterklasse zu verankern. Allerdings wird keine Macht der Erde die Errichtung einer Arbeiterdemokratie verhindern können, wenn alle Kollegen bewußt, geschlossen und kämpferisch dafür eintreten.

sollen, stattdessen für den Einbau modernster Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen in Kohlekraftwerke verwendet, hätten wir innerhalb von 2 Jahren erheblich sauberere Luft.

Ein Verzicht auf Atomenergie sei ein technologischer Rückschritt, sagen die atomaren Geschäftsmacher. Ihr „Fortschritt“ führt in Richtung Untergang. Wer hingegen die „sanften“ Energiequellen umfassend anzapfen und die im Überfluß vorhandene Sonnenenergie zu nutzen vermag, hätte eine weitaus bessere Technik, weil sie unschädlich ist ... Da die Kapitalisten sich und ihren Techniken diese Aufgabe nicht zu trauen, kämpfen wir für ihre Entmachtung. Eine demokratisch geplante Energieerzeugung wird umweltfreundlicher, sparsamer, billiger und wirkungsvoller sein als die jetzige!

Ich möchte

VORAN abonnen zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare in Kommission (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adressfeld ausfüllen und einschicken.)

Postk. Essen, BfLZ 360 100 43

Konto Nr. 2500 59-430

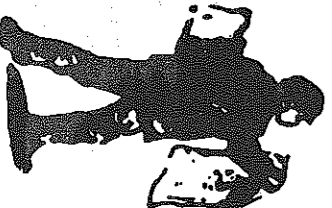
Einsenden an: VORAN, Hansring 4, 5 Köln 1

Impressum

VORAN zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung
Erscheint seit 1973

Herausgeber: VORAN zur
sozialistischen Demokratie e.V.
Redaktion dieser Ausgabe: Kurt Pfeilke

Druck: Druckhaus Lutz, Köln
VORAN wird von aktiven SPD-Mitgliedern, Jungsozialisten, Falken und Gewerkschaftern getragen und unterstützt. Unsere Vorschlägen über eine sozialistische Alternative hast Du in Grundzügen kennengelernt... Wir erhalten keine finanziellen Zuwendungen, sondern sind auf Spenden unserer Leser angewiesen. Wenn Du VORAN näher kennenlernen, dafür spenden oder uns sonstige unterstützen möchtest, schicke bitte nebenstehenden Abschnitt an die Redaktionsanschrift.



**Ich möchte
VORAN
unterstützen und bitte
um weitere Informationen**

Name

Anschrift

Einsenden an: VORAN, Hansring 4, 5000 Köln 1